

Stadtratssitzung vom 27. Juni 2019

Postulat Nr. P 2/2019

Postulat betreffend aufsuchende Jugendarbeit und Jugendpolizei

Alice Kropf (SP), Reto Kestenholz (Grüne), Reto Vannini (BDP), Jonas Baumann (EVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2019; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen:

1. Einführung einer aufsuchenden (auch mobilen genannt) Jugendarbeit mit Schwerpunkt im Bereich der Schulanlagen und an anderen Treffpunkten Jugendlicher im öffentlichen Raum und unter Einbezug von Schlüsselpersonen aus den Quartieren.
2. Einsatz einer Jugendpolizei als Alternative zur regulären Polizei in Belangen, die Jugendliche betreffen.

Begründung

Wie bereits im Postulat betreffend Erarbeiten eines Jugendleitbildes beschrieben, fehlt in der Stadt Thun eine flächendeckende, aufsuchende Jugendarbeit. Die offene Jugendarbeit mit aufsuchendem Element beschränkt sich einzig auf das Lerchenfeldquartier (KJAL) und deren Konzept und Methoden wirken nicht mehr zeitgemäss.

Im vergangenen Jahr sorgten diverse Jugendgruppen durch ihr Verhalten im öffentlichen Raum für Aufsehen. Insbesondere gewaltsame Auseinandersetzungen im Ausgang, an Festen und nach Fussballspielen gaben zu reden und wurden auch medial, z.T. schweizweit, thematisiert. Hier könnte die aufsuchende Jugendarbeit einen wichtigen, präventiven Beitrag leisten.

In Newsletter der KJAL und auch in Gesprächen mit der Schulleitung Lerchenfeld ist zu erfahren, dass in diesem Quartier ungelöste, permanente Probleme mit einer Clique bestehen und es entsteht der Eindruck einer grossen Ratlosigkeit, wie dem Phänomen zu begegnen ist. Die Schulleitung ist bestrebt, nach Lösungen zu suchen um insbesondere die Schüler*innen vor dem teilweise destruktiven Einfluss dieser (nicht mehr schulpflichtigen) Jugendlichen zu schützen. Auch in anderen Thuner Schulanlagen bestehen die gleichen Probleme und fehlen aussichtsreiche Strategien und vor allem die Ressourcen um die Situation für alle Beteiligten (auch für die Jugendlichen!) zu verbessern. Aus Sicht der Postulant*innen ist die Stadt angehalten, die Schulleitungen mit geeigneten Massnahmen zu entlasten und sie mit den Problemen nicht alleine zu lassen.

Zu Punkt 1:

In anderen Städten und Gemeinden geniesst die aufsuchende Jugendarbeit einen hohen Stellenwert und deren Wirksamkeit ist unbestritten. Eine präzise Kurzbeschreibung bietet die Mobile Jugendarbeit Basel¹:

Die Mobile Jugendarbeit Basel und Riehen (MJAB/R) ist ein soziales Dienstleistungsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 und 25 Jahren (Kerngruppe: 12–18 Jahre), die ihre Freizeit gewollt oder strukturell bedingt meist in Cliquen auf der Strasse und öffentlichen Plätzen verbringen und welche teils von anderen sozialen Angeboten nicht erreicht werden. Mittels aufsuchender sozialer

¹ www.mjabasel.ch

Arbeit werden in der Lebenswelt der Jugendlichen Kontakte zu diesen aufgebaut, partizipative und animatorische Projekte umgesetzt sowie Einzelfallbegleitungen durchgeführt. In der Vernetzung mit dem Gemeinwesen werden die Anliegen der Jugendlichen mit ihnen vertreten und in Zusammenarbeit mit Stellen und Institutionen präventive Projekte umgesetzt. Wir leisten lebensweltorientierte und sozialräumliche Basisarbeit mit einem primär soziokulturellen Ansatz.

Um von Anfang an einen guten Zugang zu den Jugendlichen zu finden, empfiehlt es sich, Schlüsselpersonen aus dem Quartier, die Respekt und Vertrauen geniessen und sich mit der Lebenswelt der Jugendlichen auskennen, einzubinden.

Zu Punkt 2:

Mehrere Mitglieder der diversen Jugendgruppen fallen durch deviantes Verhalten im öffentlichen Raum auf (physische Gewaltausübung, Mitführen von Messern, Konsum harter Drogen und Kleindeal, Sachbeschädigung, Verwenden von Nazi-Symbolen, Stören von Schulanlässen, Pöbeleien auf Schularealen und kleineren Vergehen wie Sprayen, Tagen und Littering). Ergänzend zur aufsuchenden Jugendarbeit empfehlen die Postulant*innen als Alternative zur uniformierten regulären Polizei den Einsatz einer Jugendpolizei. In Ansätzen sind speziell für den Umgang mit Jugendlichen geschulte Polizist*innen in der Stadt Thun bereits im Einsatz (Aktion «Bänkli»). Diesen Ansatz gilt es zusammen mit der KaPo zu professionalisieren. In anderen Schweizer Städten und Gemeinden sind Jugendpolizist*innen im Einsatz (z.B. St.Gallen, Muri, Solothurn, Niederrohrdorf)². Auch in Deutschland werden mit der Arbeit solcher Beamten gute Erfahrungen gemacht, ihre Aufgabe lässt sich so beschreiben³:

Unsere Jugendkontaktbeamten haben die Aufgabe, durch vertrauensvolle Kontakte zu Jugendlichen der betreuten Stadtteile kriminelle Karrieren abzuwenden und bei Bedarf Hilfestellungen zu vermitteln. Die Beamten werden prokativ tätig und gehen auch zu den Treffpunkten der Jugendlichen, wo sie ihnen als feste Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Sie kennen diejenigen, die auffällig sind, und jene, die sich im Dunstkreis der Serien- oder Intensivtäter aufhalten. Die Jugendkontaktbeamten bauen durch ihre Kontakte und Gespräche Vertrauen auf und bieten den Jugendlichen bei Bedarf Hilfen an, damit diese keine Straftaten begehen. Sie sind und bleiben aber Polizeivollzugsbeamte, unterliegen dem Strafverfolgungszwang und stellen ihre personen- und gruppenbezogenen Erkenntnisse den ermittelnden und operativen Kräften zur Verfügung. Auch nehmen sie an Fallkonferenzen teil.

Den Postulant*innen ist bewusst, dass mit den vorgeschlagenen Interventionen nicht sämtliche Probleme gelöst werden können. Doch das Ziel soll sein, die Auswirkungen der devianten Verhaltensweisen auf ein erträgliches Mass zu reduzieren, einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention zu leisten und insbesondere die Jugendlichen dazu ermutigen, ihre konstruktiven und kreativen Potentiale zu leben. Die Postulant*innen sind überzeugt, dass sich die Investition in solche Angebote lohnt, denn Personen, die eine Intensivtäterschaft entwickeln, kosten uns als Gesellschaft ein Mehrfaches.

Stellungnahme des Gemeinderates

Mit dem Postulat sind zwei Kompetenzbereiche in der Verwaltung betroffen: 1. Amt für Bildung und Sport (mobile Jugendarbeit), 2. Abteilung Sicherheit (Jugendpolizei).

Mobile Jugendarbeit

Die Jugend war in letzter Zeit verschiedentlich Thema, sowohl im Gemeinderat als auch im Stadtrat. Dabei ging es um sozioprofessionelle Fanarbeit, um Thun als kinderfreundliche Gemeinde UNICEF mit dem Aktionsplan 2019 bis 2022 und um ein Jugendleitbild. Die sozioprofessionelle Fanarbeit wurde nicht realisiert, das UNICEF-Label wurde Thun 2018 verliehen und das Postulat betreffend Erarbeiten eines Jugendleitbildes wurde vor Kurzem angenommen.

² www.stadt.sg.ch/home/gesellschaft-sicherheit/jugendliche/beratung-hilfe-jugend/jugendpolizei.html;
www.repolrohrdorf.ch/bereiche/jugendpolizei

³ <https://bonn.polizei.nrw/artikel/jugendkontaktbeamte>

Beispielhaft als Modell für Thun wird im vorliegenden Postulat die mobile Jugendarbeit Basel und Riehen (MJAB/R) erwähnt, die sich mit 450 Stellenprozenten in einem mehrheitlich urbanen Gebiet mit über 200'000 Einwohnenden mit Jugendlichen an verschiedensten konfliktträchtigen informellen Treffpunkten beschäftigt.

Die Feststellung, dass es sich bei den auffälligen Jugendlichen in den Quartieren, speziell auch auf Schularealen, um ein permanentes, ungelöstes und Ratlosigkeit hervorrufendes Phänomen handelt, bei dem die Schulleitungen allein gelassen werden, entspricht nicht der Wahrnehmung, wie sie die für die Jugendarbeit verantwortlichen Stellen einschätzen. Gerade und speziell auf die erwähnten Vorfälle wurde bereits anfangs 2019 reagiert. Zwischenzeitlich hat sich eine breit besetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus Gemeinderat (Roman Gimmel, Vorsteher Bildung Sport Kultur, Peter Siegenthaler, Vorsteher Sicherheit und Soziales), Schulleitungen, Jugendstaatsanwaltschaft, Kantonspolizei, Erziehungsberatung, Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde, Abteilung Sicherheit, Abteilung Soziales (Sozialdienst Kinder und Jugend sowie Früherfassung), Amt für Bildung und Sport (Schulsozialarbeit und offene Kinder- und Jugendarbeit), getroffen und an Lösungen gearbeitet. Zusätzlich wurde mit Allan Guggenbühl ein externer Spezialist zum Thema Jugendgewalt miteinbezogen. Eine weitere Sitzung ist geplant. Dieses Vorgehen zeigt exemplarisch, dass es in Thun aktuell möglich ist, rasch, kompetent und interdisziplinär auf herausfordernde Situationen zu reagieren. Situationsbezogen arbeiten Fachstellen, Schule, Polizei und Verwaltung zielgerichtet und lösungsorientiert zusammen.

Eine mobile Jugendarbeit wie MJAB/R mit entsprechend hohen Kosten (Personal, Raum, Betrieb) kann in diesem Kontext ihre Stärken wohl zu wenig zur Geltung bringen, da die auffälligen Jugendlichen bereits in einem unterstützenden System eingebunden sind. Wie auch die Postulantinnen und Postulanten erwähnen, ist es nicht möglich, alle Probleme und jedes abweichende Verhalten aus der Welt zu schaffen (siehe bspw. März Stadtratssitzung zum Thema Krieg am Bahnhof Thun). Es wird auch in Zukunft Unerwartetes und Unberechenbares geben. In Thun sind die Mittel und Wege, auf Störungen zu reagieren, aber vielfältig, erprobt und pragmatisch. Zu erwarten ist, dass die Wirkung einer zusätzlichen mobilen Jugendarbeit in diesem Kontext relativ gering im Verhältnis zu den entstehenden Kosten wäre. Darum verzichtet der Gemeinderat auf die Einführung einer mobilen Jugendarbeit in Thun.

Jugendpolizei

Polizeiarbeit stützt sich im Grundsatz auf die zwei Eckpfeiler Prävention und Repression. Die im Vorstoss beschriebenen Aufgaben einer Jugendpolizei werden in grossen Teilen durch das breite Präventionsangebot der Kantonspolizei Bern abgedeckt. Im Rahmen der Brennpunktsteuerung beauftragt die Direktion Sicherheit und Soziales die Kantonspolizei jeweils, Jugendliche, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, unter dem präventiven Blickwinkel anzusprechen. Im Jahr 2018 wurden dafür beispielsweise 145 Stunden aufgewendet. Einige Aktionen wurden erstmals von der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Thun begleitet. Sie bewähren sich. Die Schaffung einer Jugendpolizei ist im Kanton Bern zurzeit nicht vorgesehen.

Da die Prüfung der Anliegen der Postulantinnen und Postulanten mit dieser Stellungnahme erfolgt ist, kann das Postulat angenommen und gleichzeitig abgeschrieben werden.

Antrag

Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Thun, 22. Mai 2019

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler Müller